

Sönke Neitzel

DEUTSCHE KRIEGER

Vom Kaiserreich zur
Berliner Republik –
eine Militär-
geschichte

**SPIEGEL
Bestseller**
Jetzt als Taschenbuch



ullstein

ullstein 

Sönke Neitzel

DEUTSCHE KRIEGER

Vom Kaiserreich zur
Berliner Republik –
eine Militärgeschichte

Ullstein

Besuchen Sie uns im Internet:
www.ullstein-buchverlage.de

Wir verpflichten uns zu Nachhaltigkeit



- Klimaneutrales Produkt
- Papiere aus nachhaltiger Waldwirtschaft und anderen kontrollierten Quellen
- ullstein.de/nachhaltigkeit



Ungekürzte Ausgabe im Ullstein Taschenbuch

1. Auflage August 2022

© Ullstein Buchverlage GmbH, Berlin 2020 / PropyläenVerlag

Umschlaggestaltung: zero-media.net, München, unter Verwendung

einer Vorlage von Morian & Bayer-Eynck, Coesfeld

Titelabbildung: @ullstein bild – Heritage Images / Stapleton Historical Collection

Satz und Repro: LVD GmbH, Berlin

Gesetzt aus der Aldus nova Pro

Druck und Bindearbeiten: CPI books GmbH, Leck

ISBN 978-3-548-06519-9

Inhalt

Vorwort zur Taschenbuchausgabe	I
Einleitung	II
I. Auf dem Weg zur Weltmacht.	
Das Militär im Kaiserreich (1871–1918)	23
Blut und Eisen	23
Kolonien	32
Armee	36
Inneres Gefüge	36
<i>Tribal cultures</i>	41
Schikanen	44
Kriegsplanungen	51
Weltenbrand	56
Wie siegen?	56
Anpassung von Strategie und Taktik	61
Verbrechen	72
Fazit	79
II. Armee der Niederlage.	
Die Reichswehr in der Weimarer Republik (1918–1933)	83
Staat im Staate?	83
Aus der Niederlage lernen	94

Sozialstruktur und <i>tribal cultures</i>	100
Fazit	108
III. Im Zeichen des Totalen Krieges.	
Die Wehrmacht im Dritten Reich (1933–1945)	111
Auftakt	111
Wehrgemeinschaft	111
Selbstgleichschaltung	116
Kriegsvorbereitung	125
Operationen	128
Der Sprung ins Dunkle: Polen	128
Siegeslauf in Frankreich	134
Hybris und Nemesis: Der Feldzug gegen die Sowjetunion .	143
Der Kampf gegen die Westmächte 1941–1944	160
Der letzte Akt: 1944/45	182
Kohäsion	190
Opfertum	196
<i>Tribal cultures</i>	199
Menschenführung	208
Primärgruppen	213
Verbrechen	216
Polen: Ouvertüre zum Vernichtungskrieg	216
»Normalkrieg« im Westen 1940/41	223
Vernichtungskrieg in der Sowjetunion	225
Signaturen der Gewalt	233
Fazit	241

IV. Friedensarmee im Kalten Krieg.	
Die Bundeswehr der Bonner Republik (1955–1989)	249
Eine andere Armee braucht das Land	249
Das Ringen um die innere Ausrichtung der Streitkräfte	265
Truppenalltag	278
Skandale und <i>tribal cultures</i>	287
Kulturkampf	298
Der gespielte Krieg I	318
Von der <i>massive retaliation</i> zur <i>flexible response</i>	318
Endlich einsatzbereit?	326
<i>Flexible response</i> – die Lösung der Probleme?	331
Wehrmacht in neuem Gewande?	335
Entspannungspolitik und Friedensbewegung	344
Reformen	353
Bildungsoffensive	353
Grenzen der Inneren Führung	356
Zwischen »Gammeldienst« und Leistungsgrenze	361
Der gespielte Krieg II	371
Die beste Wehrpflichtarmee der NATO	371
Kriegsnah ausbilden	383
Rückkehr zum Bewegungskrieg	385
West-östliche Wahrnehmungen	391
Traditionen	394
Fazit	402

V. Außen preußisch – innen sowjetisch. Die Nationale Volksarmee der DDR (1952–1990)	409
Volk in Waffen	409
Armee der Partei	415
Kriegsplanung und Bündnispolitik	427
Die beste NSWP-Armee des Warschauer Paktes	434
Fazit	437
VI. Zwischen »Friedensdividende« und Auslandseinsatz. Die Bundeswehr der Berliner Republik (1990 bis heute)	441
Neue Welt, neue Aufgaben	441
Armee der Einheit	456
Eine kleinere Bundeswehr braucht das Land	461
Erste Kampfeinsätze	466
Die Schatten der Wehrmacht	474
Die Bundeswehr in Afghanistan	487
Verantwortung für den Norden Afghanistans	490
Die Sicherheitslage verschärft sich	501
Der Kampf um die Provinz Kunduz 2009	511
Rückschläge, Erfolge, Abzug – 2010–2014	526
<i>Tribal cultures</i>	532
Der Krieg in Afghanistan im politisch-gesellschaftlichen Diskurs	551
Afghanistan – eine Bilanz	559
Die Rückkehr des Kalten Krieges?	562
Bedingt einsatzbereit	562
»Die Wehrmacht hat nichts mit der Bundeswehr gemein« .	571
Resümee	583

Dank	601
Anhang	605
Dienstgrade Wehrmacht und Bundeswehr (Heer)	607
Militärische Gliederung	608
Verteidigungshaushalt der Bundesrepublik Deutschland von 1955 bis 1989	609
Abgeordnete des Reichstags (MdR) sowie des Bundestags (MdB), die Militärdienst geleistet haben	611
Anmerkungen	613
Quellen und Literatur	755
Verzeichnis der Abkürzungen	803
Bildnachweis	807
Personenregister	808

Vorwort zur Taschenbuchausgabe

Das Manuskript zu diesem Buch wurde im Juli 2020 abgeschlossen. Seitdem ist die Welt eine andere geworden, und Deutschland steht vor den Trümmern seiner Sicherheitspolitik. In Kabul regieren die Taliban, Mali ist instabiler denn je, und der russische Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 markiert die nicht für möglich gehaltene Rückkehr des großen Krieges nach Europa.

Das Ende in Afghanistan

»Es ist höchst unwahrscheinlich, dass die afghanischen Sicherheitskräfte allein in der Lage sein werden, den Taliban Paroli zu bieten. Doch scheint es momentan nicht die Absicht Washingtons zu sein, alle Truppen vom Hindukusch abzuziehen.«¹ So beschrieb ich die Lage im Sommer 2020. Präsident Donald Trump entschied ein Dreivierteljahr später anders, und der NATO-Rat beschloss am 14. April 2021 den Abzug aller Truppen. Die Vereinigten Staaten gaben den Kurs vor, und die Verbündeten trotteten hinterher. Wenige Wochen zuvor hatte der Bundestag das Mandat für den Einsatz »Resolute Support« noch um zehn Monate verlängert. Dabei war viel von Frauenrechten die Rede und von Fortschritten, die man durch einen überhasteten Abzug nicht gefährden wolle.² Ohne die internationale Truppenpräsenz im Land würden die Taliban die Lösung auf dem Schlachtfeld suchen, meinte Außenminister Heiko Maas; es könne aber keine militärische Lösung für den Konflikt geben. Darum müsse man noch einige Monate im Land bleiben und sich geordnet zurückziehen, immer in Abhängigkeit von Fortschritten bei den Verhandlungen der Amerikaner mit den Taliban in Doha.³ Worte der Illusion und der Hilflosigkeit, die nur

wenige Wochen später von der Realität überholt wurden. Wie schon so oft beim Thema Afghanistan wurden Luftschlösser errichtet, um die Zustimmung zur Mandatsverlängerung zu erreichen. Die Bundesrepublik war Zaungast, ohne Einfluss auf die Ereignisse. Es ist keine Initiative Deutschlands oder der Europäer bekannt, die Mission allein oder in reduzierter Form fortzuführen, um all die Errungenschaften abzusichern, die so blumig in den Bundestagsreden vergangener Jahre ausgeschmückt worden waren. Gemeinsam rein, gemeinsam raus war die Devise. Eine Strategie war das nicht.

Am 30. Juni 2021 landete das letzte A400M-Transportflugzeug der Bundeswehr auf dem niedersächsischen Fliegerhorst Wunstorf. Damit war der Abzug abgeschlossen. Die Taliban hatten die Deutschen in Ruhe ziehen lassen. Empfangen wurden die letzten 264 Soldaten vom Befehlshaber des Einsatzführungskommandos, Generalleutnant Erich Pfeffer. Ein Vertreter der Bundesregierung war nicht anwesend. Eine Woche zuvor hatte es immerhin eine aktuelle Stunde im Bundestag gegeben, in der die Parlamentarier den Soldaten ausdrücklich für ihren Dienst in Afghanistan gedankt hatten. Neben den üblichen Phrasen der Schönrederei fielen dabei auch bemerkenswert nachdenkliche Worte. Manche dachten wohl, dass dieses Zeichen ausreiche und man rasch zur Tagesordnung übergehen könne. Doch in der Öffentlichkeit regte sich deutliche Kritik daran, dass kein Vertreter eines Verfassungsorgans in Wunstorf anwesend war.[‡] Das Verteidigungsministerium versuchte zu erklären, was nicht zu erklären war: Die Soldaten hätten sich das so gewünscht, außerdem habe man aus Sicherheitsgründen das Datum des letzten Fluges geheim halten müssen. Aber der Fauxpas war nicht aus der Welt zu schaffen. Der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, André Wüstner, meinte zu Recht: »Politik hat bei der Begrüßung der letzten Afghanistan-Rückkehrer in der Heimat so gut wie alles falsch gemacht. Das gilt für die Umstände des ›stillen Empfangs‹ ebenso wie für die Kommunikation danach.«[§]

Unterdessen gewannen die Taliban rasch an Boden. Anfang Mai verlor die afghanische Regierung die ländlichen Regionen und die großen Verbindungsstraßen, kontrollierte aber noch alle 34 Provinzhauptstädte. Doch mit dem Wegfall der Unterstützung durch die amerikanische Luftwaffe und die US-Spezialkräfte stellten sich die afghanischen Sicherheitskräfte kaum mehr zum Kampf. Am 6. August fiel

die erste Provinzhauptstadt. Danach brach der Staat von Präsident Aschraf Ghani wie ein Kartenhaus zusammen. Masar-e Sharif, einst der größte deutsche Stützpunkt, wurde am 14. August eingenommen, einen Tag später fiel die Hauptstadt Kabul. Ghani floh in die Vereinigten Arabischen Emirate. Die deutschen Nachrichtendienste hatten die Erosion der afghanischen Staatsmacht und ihrer Streitkräfte zwar aufmerksam beobachtet. Doch die Geschwindigkeit, mit der das Schiff sank, war schwer vorauszusagen. Die Szenarien reichten von »Es kann am Ende alles sehr schnell gehen« bis zu »Kabul hält noch bis zum nächsten Frühjahr«. Noch am Freitag, den 13. August, also zwei Tage vor dem Fall der Hauptstadt, hieß es in einem Bericht des Verteidigungsministeriums, dass eine Machtübernahme der Taliban *in diesem Jahr* wahrscheinlich sei. Auch BND-Präsident Bruno Kahl musste später zugeben, dass die Geschwindigkeit des Zusammenbruchs seine Behörde überrascht habe.⁶

Ein Problem für die Nachrichtendienste war die Fragmentierung der Taliban. Der rasche Vormarsch auf Kabul dürfte die Taliban-Führung selbst überrascht haben und ging vor allem auf die Initiative lokaler Kommandeure zurück, die die Gunst der Stunde nutzten. Die eigentliche Unterlassungssünde war somit nicht, dass man es versäumt hatte, den Fall Kabuls auf den Tag genau vorauszusagen, sondern dass die Bundesregierung keinerlei Worst-Case-Vorsorge getroffen hatte. Zum Beispiel hätte man ein Evakuierungskommando in Usbekistan stationieren können, um im Ernstfall Deutsche und besonders gefährdete Ortskräfte schnell auszufliegen. Nichts dergleichen geschah, obwohl die deutsche Botschafterin in Washington, Emily Haber, am 6. August vor dem drohenden Fall Kabuls gewarnt hatte.⁷ Doch im Krisenstab war kein Wille zum Handeln erkennbar, und der führungsschwache Außenminister Heiko Maas war der Situation nicht gewachsen. Aber auch das Kanzleramt übernahm – wie so oft – nicht die Führung. Drängende Bitten von Mitgliedern des Krisenstabs, die Bundeswehr zu alarmieren, wurden abgelehnt. Erst am Freitag, den 13. August, legte man den Schalter um; nun sollte alles ganz schnell gehen. Glücklicherweise hatten etliche Soldaten des Fallschirmjägerregiments 31 und des Stabes der Luftlandebrigade 1 vorgesorgt. Manche Männer waren aus eigener Initiative vorzeitig aus dem Urlaub zurückgekehrt, weil sie ahnten, was auf sie zukommen könnte. Jetzt

bewiesen die Verbände, dass sie kaltstartfähig waren. Bereits am Montag, den 16. August, hoben zwei A400M aus Wunstorf in Richtung Kabul ab. Mit an Bord waren gut 160 Fallschirmjäger, außerdem rund 20 Mann des Kommandos Spezialkräfte (KSK), über deren Teilnahme man erst in letzter Minute entschieden hatte; sie mussten mit Hubschraubern der Bundespolizei nach Wunstorf geflogen werden, da die Bundeswehr keine eigenen Maschinen zur Verfügung hatte.

In Kabul hatte sich der deutsche Vizebotschafter am Sonntag, den 15. August, unterdessen selbst den Evakuierungsbefehl gegeben, da das Auswärtige Amt immer noch nicht aus seiner Schockstarre erwacht war. Er fuhr mit seinem Personal, geschützt von Bundespolizisten, in die US-Botschaft. Als die ersten deutschen Soldaten am 16. August auf dem Kabuler Flughafen landeten, wurde dieser von 4500 Soldaten der 82. US Airborne Division gesichert. Ihr Kommandeur, Generalmajor Chris Donahue, gab klare Anweisungen: Keine Deutschen außerhalb des Zauns! So beteiligten sich die deutschen Fallschirmjäger, Kommandosoldaten und Bundespolizisten innerhalb des Flughafenbereichs an der Sicherung der Tore. Neben den Deutschen schickten auch zahlreiche andere Nationen Soldaten zur Evakuierung ihrer Staatsbürger und Ortskräfte nach Kabul. Man sah Männer und Frauen aus aller Herren Länder, von Singapur bis Kanada, die in den Gebäuden ihre Lager aufschlugen. Vieles musste improvisiert werden. Verpflegung und Ausrüstung wurden untereinander getauscht, und da niemand motorisiert war, wurden die Fahrzeuge des Flughafens kurzerhand aufgebrochen und kurzgeschlossen, um auf dem riesigen Gelände mobil zu sein. Zeitweise glich das Areal einem »Woodstock der Spezialkräfte«, wie ein Beteiligter meinte.

Gleichwohl war allen klar, dass es sich um einen bitterernsten Auftrag handelte. Unter dem Andrang afghanischer Zivilisten beteiligten sich die Deutschen daran, Ordnung in das Chaos zu bringen, die Lage unter Kontrolle zu halten und Menschen zu evakuieren. Hektisch riefen Staatssekretäre und Bundestagsabgeordnete auf den Diensttelefonen der Offiziere vor Ort an und verlangten, diesen oder jenen Afghanen zu retten. Doch angesichts des Ansturms auf die Tore war es kaum möglich, die Sonderwünsche aus Berlin und die immer weiterwachsenden Listen des Auswärtigen Amts abzuarbeiten. In einer nächtlichen Aktion evakuierten Soldaten des KSK mit amerikanischen

Hubschraubern Zivilisten aus der Stadt. Letztlich hatte der Kommandeur der Luftlandebrigade 1, Jens Arlt, den Auftrag, die Transportmaschinen bis auf den letzten Platz zu belegen und mit entsprechenden Bildern ein kraftvolles politisches Signal zu setzen, das das Zögern und Bremsen der Bundesregierung überdecken sollte. Dabei war es kaum möglich, vor Ort zu prüfen, wer berechtigt war, ausgeflogen zu werden. Im Gedränge vor den Toren herrschte das Recht des Stärkeren, und die allermeisten, die es auf das Flughafengelände schafften, wurden auch ausgeflogen. Im Zweifel wurden bei der Identitätsprüfung beide Augen zingedrückt. Schließlich evakuierte die Bundeswehr 5347 Menschen aus 45 Nationen in 37 Flügen, darunter aber nur 138 Ortskräfte und 496 ihrer Familienangehörigen.

So endete der deutsche Afghanistan-Einsatz für die Bundeswehr doch noch erträglich. Der Evakuierungseinsatz stärkte das Selbstvertrauen der Truppe, die ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen konnte. Und der Politik dürfte ein Stein vom Herzen gefallen sein, dass zumindest diese Operation nach Plan verlief. Jens Arlt wurde vom Bundespräsidenten mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet. Offenbar hatte man in Berlin inzwischen verstanden, dass man die Soldaten nicht im Regen stehen lassen durfte. Als der Afghanistan-Einsatz am 13. Oktober 2021 mit einem Zentralen Abschlussappell gewürdigt wurde, bot der Staat alles auf, was Rang und Namen hatte. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hielt eine bemerkenswerte Rede, in der er den Einsatz der Soldaten würdigte und auch seine eigene Verantwortung als Mitglied mehrerer Regierungen nicht unerwähnt ließ. Doch dies war nicht der Ort für allzu selbstkritische Worte. »Die Bundeswehr hat ihren Auftrag erfüllt«, erklärte der Bundespräsident.⁸ Das war gewiss gut gemeint, und es war in den Herbsttagen des Jahres 2021 auch von höheren Offizieren oft zu hören. Freilich kann kein Zweifel daran bestehen, dass die Bundeswehr ihren Auftrag in Afghanistan *nicht* erfüllt hat, weil sie ihn nie hat erfüllen können. Erinnern wir uns: ISAF – als Kern des deutschen militärischen Engagements am Hindukusch – war eine NATO-Operation, und der Auftrag blieb stets vage; letztlich sollten sie die Autorität der afghanischen Regierung stärken und für Stabilität sorgen, was immer das bedeuten mochte. Zwar versuchten die deutschen Soldaten, diesen Auftrag nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen, doch den Zu-

sammenbruch der afghanischen Regierung und ihrer Armee konnten sie nicht verhindern. Die Bundeswehr war in eine »mission impossible« geschickt worden.

Umso wichtiger, dass nun eine unabhängige Aufarbeitung erfolgt. Bundespräsident Steinmeier hob in seiner Rede zum Abschlussappell hervor, dass die Lehren aus zwanzig Jahren Afghanistan gezogen werden müssten, und wies darauf hin, dass die Bürgerinnen und Bürger Fragen stellen und darauf Antworten erwarten. »Diese Antworten sind wir, ist die Politik Ihnen schuldig – und sie sollten nicht in erster Linie schnell, sondern ehrlich und gründlich erfolgen.«⁹ Auch zahlreiche Bundestagsabgeordnete sprachen sich für eine Evaluation des Einsatzes aus. Aber wird es wirklich die »schonungslose Bilanz« geben, die die Wehrbeauftragte unlängst forderte?¹⁰ Im Koalitionsvertrag ist festgehalten, dass ein Untersuchungsausschuss gebildet werden soll, der sich mit dem Abzug aus Afghanistan befasst. Daneben soll eine Enquetekommission den »Gesamteinsatz [...] mit wissenschaftlicher Expertise evaluieren«.¹¹ Allerdings verbinden die Parteien mit diesen Gremien ganz eigene Interessen; um eine schonungslose Evaluation dürfte es dabei kaum gehen.

Dabei wären Lehren aus dem Afghanistan-Einsatz angesichts der Lage in Mali dringender denn je. Zwei Putsche im August 2020 und Mai 2021 erschütterten dort die ohnehin schon fragile politische Stabilität. Offensichtlich ist es der internationalen Staatengemeinschaft in ihrem nun schon über zehn Jahre andauernden Einsatz nicht gelungen, die Lage im Land zu stabilisieren.¹² Von außen kann gutes Regieren kaum hergestellt werden, wenn es dafür im Innern zu wenig Anknüpfungspunkte gibt. Diesem Problem hat sich die Bundesregierung nie wirklich gestellt, und auch in der Bundeswehr scheint ein offener und ehrlicher Diskurs über Mali nicht ernsthaft stattzufinden. Da Frankreich im Juni 2021 die Operation Barkhane beendete, stehen die UN- und EU-Missionen in Mali mehr denn je in Frage, da diesen nun der militärische Rückhalt fehlt. Der Bundestag hat im Mai 2022 beide Mandate dennoch um ein Jahr verlängert. Einsatzerfahrene Offiziere der Bundeswehr meinen, dass damit ein guter Zeitpunkt für den Ausstieg verpasst wurde. So droht in Mali ein ähnlich unrühmliches Ende wie in Afghanistan.

Zeitenwende

Der 24. Februar 2022 markiert das Ende aller Gewissheiten. Nur wenige haben wirklich glauben können, dass der russische Präsident Putin Ernst macht und einen großen Krieg vom Zaun bricht. Gewiss wusste man auch in Berlin über den Truppenaufmarsch an der ukrainischen Grenze genau Bescheid, und niemand mochte einen Angriff gänzlich ausschließen. Aber kaum jemand hielt für möglich, dass Moskau diesen Sprung ins Dunkle wagen würde. Es konnte nicht sein, was nicht sein durfte.¹³ Doch nunmehr ist alles möglich. Wer will noch ernsthaft voraussagen, was Putin tun und lassen wird? Selbst der Einsatz von Atomwaffen erscheint nicht mehr ausgeschlossen. Damit stellt sich die Frage dringender denn je, ob das Baltikum, Polen und Rumänien verteidigt werden können. Vor allem: Was kann die Bundeswehr in einer solchen Lage zur Bündnisverteidigung beitragen? Der Inspekteur des Heeres, Alfons Mais, schrieb am Morgen des 24. Februar auf LinkedIn: »Ich hätte in meinem 41. Dienstjahr im Frieden nicht geglaubt, noch einen Krieg erleben zu müssen. Und die Bundeswehr, das Heer, das ich führen darf, steht mehr oder weniger blank da. [...] Wir haben es alle kommen sehen und waren nicht in der Lage, mit unseren Argumenten durchzudringen, die Folgerungen aus der Krim-Annexion zu ziehen und umzusetzen.«¹⁴

Mais schrieb diese Zeilen spontan und ohne Abstimmung mit seinem Stab. Sein Offenbarungseid zwang die Politik zur Ehrlichkeit. Niemand konnte nun die üblichen Phrasen wiederholen, dass die Bundesrepublik ihre sicherheitspolitischen Verpflichtungen erfülle. Wie konnte es sein, dass die Streitkräfte im Jahr 8 nach der Krim-Annexion immer noch »blank« dastanden und nicht in der Lage waren, das eigene Land zu verteidigen? Mais bekam viel öffentlichen Zuspruch. Intern wetzten manche freilich schon die Messer und sprachen von »Hochverrat«. Aber auch die ehemalige Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer twitterte bemerkenswert ehrliche Worte: »Ich bin so wütend auf uns, weil wir historisch versagt haben. Wir haben nach Georgien, Krim und Donbass nichts vorbereitet, was Putin wirklich abgeschreckt hätte.«¹⁵

Es ist müßig, darüber zu spekulieren, wie der russische Überfall auf die Ukraine hätte verhindert werden können. Ein NATO-Beitritt

Kiews 2008 hätte erst recht zu einem russischen Angriff geführt, zumal die Ukraine damals militärisch praktisch wehrlos war. Auch ist es sehr unwahrscheinlich, dass eine einsatzbereite Bundeswehr an Putins Entschluss etwas geändert hätte, da ein direktes Eingreifen der NATO nie zur Debatte stand. Aber: Durch seine sicherheitspolitische Leisetreterei trug Deutschland erheblich dazu bei, Europa schwach und zerstritten erscheinen zu lassen.

Dass die Bundeswehr im Moment der Krise kein einziges Kampftruppenbataillon zusätzlich zu den Kräften in Litauen einsatzbereit hatte, ist ein Armutszeugnis. Eine schlagkräftige Armee lässt sich nicht bei Bedarf aus dem Hut zaubern, und es wird noch Jahre dauern, bis die Bundeswehr einen wirkungsvollen Beitrag zur Verteidigung der NATO wird leisten können. Auf die Probleme ist immer wieder hingewiesen worden. Alle Analysten waren sich in ihrer Lagebeurteilung einig und haben teilweise mit geradezu flehentlichen Worten Abgeordnete und Minister gebeten, mehr zu tun. Auf mögliche Krisen vorausschauend zu reagieren war aber nicht die Stärke der deutschen Regierung. Und so ist seit der Krim-Annexion 2014 viel zu wenig passiert. Es gab zwar deutlich mehr Geld, aber ein politischer Wille, die Bundeswehr für die Bündnisverteidigung einsatzbereit zu machen, war nie zu erkennen. Es ging immer nur darum, die NATO-Verpflichtungen zu erfüllen: alle vier Jahre eine VJTF-Brigade zu stellen und ein Bataillon als Enhanced Forward Presence in Litauen zu stationieren.

Niemand schien sich daran zu stören, dass die weitergehenden Pläne, bis 2032 drei kampfbereite Divisionen aufzustellen, intern längst als unerreichbar galten. Hinzu kommt, dass die Covid-19-Pandemie ein gewaltiges Loch in den Ausbildungsbetrieb des Heeres gerissen hat. Eineinhalb Jahre wird es wohl brauchen, um die Rückstände aufzuholen. Eine hinreichende Gefechtsausbildung von ganzen Verbänden gelang wegen des fehlenden Materials und Personals nicht. Und selbst wenn einmal eine Kompanie oder ein Bataillon *combat ready* gemeldet wurde, konnte der Zustand nicht gehalten werden, weil alsbald Material an die nächste Einheit abgegeben werden musste oder die Soldaten zu anderen Aufgaben abgezogen wurden.

Gewiss hat die Bundeswehr intern versucht, das Ruder herumzureißen. Ein beredter Ausdruck davon sind die »Operativen Leitlinien

des Heeres«, die Generalleutnant Alfons Mais im September 2021 herausgab. Hier ist von der »Ausrichtung auf den Kampf«, einer »kriegsnahen Ausbildung«, »Kriegstüchtigkeit«, »Bewährung im Kampf«, »Bereitschaft zum Kampf« und »siegeswillig im Gefecht« die Rede. Die Landstreitkräfte sollen, so heißt es da, eine Bevorratung für das hochintensive Gefecht von »mehr als 30 Tagen« erhalten.¹⁶ Das wurde noch nicht einmal im Kalten Krieg erreicht. Die Auslandseinsätze kommen interesseranterweise kaum vor, und der Hinweis, dass nur derjenige internationale Krisenmissionen bestehen wird, der die Bündnisverteidigung beherrscht¹⁷, ist etwas fragwürdig. Die beiden Szenarien sind grundverschieden, und das eine ist aus dem anderen keineswegs so einfach abzuleiten.

Auch andere Generale und Admirale sprachen jetzt Klartext, was erfreulich war, weil das Berufsbild des Soldaten in seinem Kern endlich ernst genommen wurde. Offenkundig hat in der Amtszeit von Anneliese Kramp-Karrenbauer in der Bundeswehr ein Mentalitätswandel begonnen. Die Ministerin hatte – anders als ihre unglücklich agierende Vorgängerin – mit Begriffen wie »Kriegstauglichkeit« kein Problem. Doch jenseits der Semantik wurde nach wie vor zu wenig erreicht. Erst im Mai 2021 legte Kramp-Karrenbauer ein Eckpunktepapier vor¹⁸, das in die richtige Richtung wies und mit der Auflösung der Streitkräftebasis und des Sanitätsdienstes als eigenständige Organisationsbereiche ein Stück weit die Dysfunktionalität der Bundeswehr beseitigen wollte. Vier Monate vor der Bundestagswahl kam dieses Papier aber viel zu spät und ging auch nicht weit genug. Es war vor allem eine Empfehlung, im Falle eines CDU-Wahlsiegs weiterhin als Ministerin wirken zu können.

Die Bundeswehr kam also in den letzten Jahren nicht wirklich voran. Das lag auch daran, dass der Verteidigungsministerin die Unterstützung der Kanzlerin fehlte, die dringend notwendig gewesen wäre, zumal die Sozialdemokraten als Koalitionspartner alle Bemühungen um mehr Realismus in der Sicherheitspolitik blockierten. So war der eigentliche Gegenspieler Kramp-Karrenbauers nicht die parlamentarische Opposition, sondern der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich. Er betonte immer wieder, dass die Vorstellung der Verteidigungsministerin von Stärke und Abschreckung nicht die seine sei, dass er Russland nicht als Bedrohung empfinde und für dessen

Einbindung in eine europäische Friedensordnung eintrete und dass er gegen das Zwei-Prozent-Ziel bei den Verteidigungsausgaben sei.¹⁹ Die Weigerung der SPD in der letzten Legislaturperiode, die fünf Heron-TP-Drohnen der Bundeswehr zur Bewaffnung freizugeben, wirkt angesichts des Krieges in der Ukraine geradezu surreal. Allerdings: Initiativen der Kanzlerin, mit ihrer Richtlinienkompetenz einzugreifen, sind auch nicht bekannt geworden, und in vielen Punkten dürfte sie den SPD-Positionen nähergestanden haben als der Arbeitsgruppe Verteidigung ihrer eigenen Partei.

Im Bundestagswahlkampf 2021 spielten – wie schon traditionell – die Sicherheitspolitik im Allgemeinen und die Bundeswehr im Besonderen keine Rolle. In den Wahlprogrammen von SPD und Grünen stand das Thema weit hinten. Zwar war dort auch von guter Ausstattung der Streitkräfte die Rede, aber im Vordergrund standen zivile Konfliktprävention, Dialog, Frieden und Kampf gegen Rechtsextremismus in den Streitkräften. Einzig die CDU stellte die Außen- und Sicherheitspolitik an den Anfang ihres Wahlprogramms und widmete sich den Streitkräften ausführlicher.²⁰ Im rot-grün-gelben Koalitionsvertrag gab es dann zwar ein klares Bekenntnis, die Bundeswehr besser auszustatten, ihre Strukturen effizienter zu gestalten und die Einsatzbereitschaft zu erhöhen. Konkretere Ziele wurden aber nicht festgelegt. Und der FDP gelang es nicht, die Bildung eines Nationalen Sicherheitsrates durchzusetzen.

Der Kurs der deutschen Sicherheitspolitik änderte sich nach der Bildung der neuen Regierung im Dezember 2021 zunächst nicht. Deutschland fiel im sich zusätzenden Ukraine-Konflikt wieder einmal durch Zögern und Zurückhaltung auf. North Stream 2 wurde als »privatwirtschaftliches Vorhaben« verteidigt, Waffenlieferungen an die Ukraine wurden aus historischen Gründen ausgeschlossen. Dies war schon allein deshalb widersinnig, weil die Ukraine neben Belarus am meisten unter dem deutschen Terror im Zweiten Weltkrieg gelitten hatte. Wieder einmal musste die deutsche Geschichte als Feigenblatt für das eigene Nichthandeln herhalten. Nach dem 24. Februar stand Deutschland weiter auf der Bremse, doch dieser Kurs ließ sich nicht mehr durchhalten. Angesichts der schrecklichen Bilder aus der Ukraine wurde der moralische Druck in der Öffentlichkeit immer größer, und auch die Verbündeten dürften der Bundesregierung hinter ver-

schlossenen Türen die Leviten gelesen haben. Mit seiner Regierungs-erklärung vom 27. Februar 2022 trat Kanzler Scholz die Flucht nach vorne an. Was zuvor kaum vorstellbar war, wurde nun als »Zeiten-wende« angekündigt: Waffenlieferungen, härtere Sanktionen und der Aufbau einer »leistungsfähigen, hochmodernen, fortschrittlichen Bun-deswehr«. Dafür sollen 100 Milliarden Euro Sondervermögen bereit-gestellt und »von nun an Jahr für Jahr mehr als zwei Prozent des Brut-toinlandsprodukts in unsere Verteidigung« investiert werden. Scholz sprach von eigener Stärke, um Kriegstreibern wie Putin die Grenzen aufzuzeigen, und versprach, jeden Quadratmeter NATO-Bodens zu vertheidigen.²¹ Solche Worte hatte es aus dem Mund eines deutschen Kanzlers seit vierzig Jahren nicht mehr gegeben. Es war eine histori-sche Rede, mit der sich Olaf Scholz in die Tradition großer sozialde-mokratischer Sicherheitspolitiker wie Helmut Schmidt einreichte. Der konkrete Inhalt der Regierungserklärung war weder mit den Koali-tionsparteien noch mit den Fraktionen abgestimmt, und entsprechend verstimmt waren Teile von SPD und Grünen.

Von einer Zeitenwende zu sprechen und diese auch zu vollziehen sind freilich zweierlei Dinge. Am 3. Juni 2022 hat der Bundestag die Änderung des Grundgesetzes und die Einrichtung des 100-Milliarden-Sondervermögens für die Bundeswehr beschlossen. Dies ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Es bleibt aber abzuwarten, ob es gelingt, nennenswerte Teile der Bundeswehr in dieser Legis-laturperiode kriegsbereit zu machen. Denn darauf kommt es letztlich an: dass die Streitkräfte im Falle eines Angriffs auf NATO-Gebiet einen wesentlichen Beitrag zu dessen Verteidigung leisten können. Konkret bedeutet dies, Luftwaffe, Marine und Heer auf eine mögliche Auseinandersetzung mit Russland vorzubereiten. Die Liste der Rüs-tungsprojekte, die mit den 100 Milliarden Euro finanziert werden sollen, weisen genau in diese Richtung: F-35 Jets für die Luftwaffe, mehr Kampfkraft für die Marine in Ostsee und Nordatlantik, Ausrüs-tung einer Panzerdivision mit drei Brigaden bis 2025. Das Heer erhält auch den größten Anteil der 20 Milliarden, die für die Modernisierung der Führungsfähigkeit bereitgestellt werden.

Mehr finanzielle Mittel sind aber nur ein erster Schritt. Rüstungs-bebeschaffung, Streitkräfte und Verteidigungsministerium sind nach wie vor dysfunktional organisiert, und ohne einschneidende Reformen,

die wieder klare Verantwortlichkeiten schaffen, ist die Gefahr groß, dass das viele Geld nur ein Strohfeuer entfacht. Vor allem: Wenn die Bundeswehr kriegstauglich werden soll, müssen sich Führung und Truppe auch mental auf ein hochintensives Gefecht mit all seinen Folgen einstellen. Ob europäische Arbeitszeitrichtlinien, gelebte Anspruchslosigkeit an die körperliche Fitness und eine zuweilen grotesk zu nennende Vorschriftenlage dazu beitragen, darf bezweifelt werden. Dass die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte in absehbarer Zeit wesentlich steigt, ist also kaum zu erwarten. Dies liegt freilich auch an der Uneinigkeit der Generalität, dem Unwillen von Politik und Verwaltung, schlanke und einfache Lösungen zu finden, und an einer Kultur, den militärischen Rat möglichst stromlinienförmig der Politik zu präsentieren. 21 Generale sind – so ist zu hören – kurz nach der Bundestagswahl noch schnell in die SPD eingetreten. Diese »November-Gefallenen«, wie sie spöttisch genannt werden, sind beredter Ausdruck einer bemerkenswerten Anpassungsfähigkeit des Offizierskorps, bei der das Wohl der Institution Bundeswehr nicht immer im Vordergrund steht.

Gelingen wird die angekündigte Zeitenwende also nur, wenn Olaf Scholz unmissverständlich klarmacht, dass er mit dem neu investierten Geld eine einsatzbereite Bundeswehr sehen möchte, und wenn er für klare Verantwortlichkeiten sorgt. Zudem müsste die Bundesregierung gewillt sein, sich in der Allianz nicht immer hintenanzustellen. Sie müsste Führungs- und Gestaltungswillen zeigen, auch um Europa als Ganzes zu stärken. Wie weit der Weg zu einem ernstzunehmenden militärischen Akteur für Deutschland noch ist, zeigt die Posse um die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine.

Die nachhaltige Veränderung der politischen Kultur – nichts anders bedeutet die Zeitenwende – hängt auch vom weiteren Verlauf des Ukraine-Krieges ab. Mit jedem Bild eines toten Zivilisten und eines zerstörten Wohnblocks wird die Forderung wachsen, den Versprechungen Taten folgen zu lassen. Allerdings: Sollten die Waffen bald schweigen, gar die Sanktionen gelockert werden, wird auch die gefühlte Notwendigkeit nachlassen, sicherheitspolitische Realpolitik zu betreiben. Die Geschichte bleibt also offen.

Einleitung

»Die Wehrmacht ist in keiner Form traditionsstiftend für die Bundeswehr. Einzige Ausnahme sind einige herausragende Einzeltaten im Widerstand. [...] Das ist eine Selbstverständlichkeit, die von allen getragen werden muss« – diese deutlichen Sätze sprach Ursula von der Leyen am 3. Mai 2017. In der Krise um den unter Terrorverdacht stehenden Oberleutnant Franco Albrecht galt es, rasch klare Worte zu finden. Jedwede Verdächtigungen, dass der Geist längst vergangener Tage hinter den Kasernenmauern geduldet würde, sollten im Keim erstickt werden. Doch wer sich jenseits der beschwichtigenden Ministerialrhetorik ernsthaft mit den Streitkräften beschäftigte, konnte die Spuren der Vergangenheit kaum übersehen. Die Wehrmacht steckte von Anfang an in der DNA der Bundeswehr, und man kam auch im 21. Jahrhundert nicht ganz von ihr los. Das musste auch die Ministerin zur Kenntnis nehmen, als sie mit ihrer Entourage die Kaserne des Jägerbataillons 291 im elsässischen Illkirch besuchte, wo Franco Albrecht zuletzt Dienst getan hatte. Für die Bundeswehr war es peinlich genug, dass er trotz seiner offensichtlich rechtsextremen Gesinnung nicht vom Dienst suspendiert worden war. Doch damit nicht genug. Von der Leyen registrierte empört, dass ein Aufenthaltsraum der Kaserne mit allerlei Zeichnungen, Sinnsprüchen, Waffen und Ausrüstungsgegenständen aus den Zeiten der Befreiungskriege und der Wehrmacht ausgeschmückt war. Mit der lieb gewordenen Vorstellung vom deutschen Soldaten als global social worker, der als Retter, Vermittler und Beschützer weltweit hilft, Konflikte friedlich beizulegen, hatte diese Raumgestaltung herzlich wenig zu tun. Hier ging es um eine ganz andere Berufsidentität: jene des Kämpfers, der sich in eine weit zurückreichende Ahnenreihe von Kriegern stellt.

Manche halten diejenigen, die Bilder von heldenhaften Landsmännern in ihre Dienstzimmer hängen, schlicht für Nazis. In der Tat gehen

Rechtsradikalismus und Verherrlichung der Wehrmacht fast immer miteinander einher. Doch zur Erklärung soldatischer Identitäten trägt dieser Befund wenig bei. Untersuchungen von Verfassungsschutz und MAD zeigen, dass vielleicht drei Prozent der Soldaten einem rechtsradikalen Milieu zuzuordnen sind und damit ungefähr so viele wie in der Gesamtgesellschaft.¹ Weit mehr Bundeswehrsoldaten dürften die Wehrmacht aber nach wie vor für einen legitimen Teil ihrer Tradition halten; wohl auch jene, die in Illkirch den Raum ausschmückten. Das mag man empörend finden, aber warum ist das überhaupt so?

Verständlicher wird diese Haltung, wenn man das Militär als eine Welt mit eigenen Werten und Normen versteht, die zwar von Gesellschaft und Politik mitgeprägt wird, aber doch einen besonderen sozialen Kosmos bildet. Die reale oder potenzielle Erfahrung vom Kämpfen, Töten und Sterben unterscheidet die Streitkräfte fundamental von anderen gesellschaftlichen Gruppen. Aus der Perspektive des Soldaten haben Begriffe wie Tapferkeit, Pflichterfüllung und Kameradschaft eine viel größere Bedeutung als für einen Versicherungskaufmann oder Parlamentarier. Wer das Kämpfen in den Mittelpunkt seiner beruflichen Identität stellt, sucht sich besondere Vorbilder. In der Bundeswehr ist das zwar nur eine Minderheit, weil viele Soldaten aufgrund ihrer Tätigkeiten – als Techniker, Seeleute, Fahrer oder Verwaltungsbeamte – eher zivile Identitäten haben. Aber die Kämpfer sind keineswegs ausgestorben. Im elsässischen Illkirch waren sie 2017 offensichtlich noch zu finden. Hier dienten Männer und Frauen, die sich für den archaischeren Teil des Soldatenberufs entschieden hatten.

Dass sich Soldaten in ihrem Selbstverständnis auf den Krieg ausrichten und dafür die passenden Vorbilder suchen, ist eigentlich eine banale Erkenntnis. Die Deutschen aber haben sich mit ihr nach dem Zweiten Weltkrieg schwergetan. Der Kulturbruch war so tief, die Verbrechen waren so unfassbar, die Niederlage auch moralisch so total, dass sich ihr Verhältnis zum Militär grundlegend änderte. Zu Pazifisten wurden die meisten zwar nicht, aber Gesellschaft und Politik blickten kritischer als zuvor auf ihre Soldaten, suchten sie einzuhegen, ein Stück weit zu zivilisieren und nicht zuletzt von der Vergangenheit abzugrenzen. Freilich sind Wunschbild und Realität zweierlei. Alle deutschen Staaten haben versucht, ihren jeweiligen politisch-gesellschaftlichen Rahmen möglichst umfassend auf ihre Armeen zu über-

tragen: das Kaiserreich ebenso wie die Weimarer Republik, die Nationalsozialisten ebenso wie die Kommunisten. Das funktionierte mal mehr, mal weniger gut. Vollständig gelang es nie, auch nicht in der Bundesrepublik. Dafür waren die Deutungsangebote, die die Politik für die jeweilige Rolle des Militärs zu bieten hatte, meist zu abgehoben, zu theoretisch; sie entsprangen einer Vorstellungswelt, mit der die Soldaten nicht viel anzufangen wussten. Das Militär blieb immer auch eine Welt für sich, die über die politischen Brüche hinweg erstaunlich beständig war. Zu einem tieferen Verständnis der Streitkräfte wird man nur kommen, wenn man ihre spezifische Kultur analysiert – jene Normen, Werte, Haltungen und Überzeugungen, die ihr Denken, Sprechen und Handeln bestimmen.² Die internen Debatten über soldatische Tugenden und Traditionen gehören ebenso dazu wie die Art und Weise, wie über Kriege nachgedacht wird – und wie sie geführt werden.

Für die Männer und Frauen, die den Aufenthaltsraum im elsässischen Illkirch gestaltet hatten, waren die ausgestellten Waffen und Leitsprüche gewiss nicht nur dekorative Artefakte; sie hatten Bedeutung für ihre soldatische Gegenwart. Doch was hatte das 2010 aufgestellte Jägerbataillon mit den Soldaten weit zurückliegender Zeiten zu tun? Gibt es überhaupt Kontinuitäten im militärischen Denken und Handeln, die bis tief ins 19. Jahrhundert zurückreichen? Wie unterscheiden sich die institutionellen Normen und Werte der monarchischen Kontingentarmeen, der Wehrmacht und der Bundeswehr? Gab es trotz denkbar unterschiedlicher Erfahrungen in Krieg und Frieden ähnliche Vorstellungen von den Pflichten und Aufgaben des Soldaten? Und sollte man Armeen nicht auch von ihrem professionellen Selbstverständnis her beurteilen? Was haben, so kann man fragen, ein Lieutenant des Kaiserreichs, ein im Nationalsozialismus sozialisierter junger Wehrmachtoffizier und ein Zugführer der Task Force Kunduz des Jahres 2010 gemeinsam?

Das vorliegende Buch geht diesen Fragen in einem Längsschnitt nach. Ausgangspunkt ist das Jahr 1871. Die militärischen Traditionen deutscher Armeen reichen zwar noch weiter zurück, zu den preußischen Reformern aus der Zeit der Napoleonischen Kriege und teilweise noch darüber hinaus. Doch die große Zäsur in der modernen deutschen Militärgeschichte stellten zweifellos die Siege in den Eini-

gungskriegen von 1864, 1866 und 1870/71 dar. Sie waren nicht nur eine wichtige Voraussetzung für die Gründung des ersten deutschen Nationalstaats, sondern sie veränderten auch das Verhältnis der Deutschen zu ihrem Militär grundlegend. Die bürgerlich-liberale Kritik an den Streitkräften wichen einer schier grenzenlosen Bewunderung. Die Siege gegen Österreich und Frankreich manifestierten zudem einen *German Way of War*: Schnelle, blitzartige und risikoreiche Angriffsoperationen waren seit 1866 das Merkmal preußisch-deutscher Kriegsführung. In der historischen Forschung wird seit Langem diskutiert, ob die deutsche Militärikultur auch durch eine besondere Gewaltkultur gekennzeichnet sei. Isabel Hull, MacGregor Knox oder Dirk Bönker argumentierten³, Deutschland habe seine Kriege in den Kolonien und in Europa von 1870 bis 1918 radikaler und brutaler geführt als die übrigen europäischen Großmächte. Dadurch seien kulturell tief verankerte Handlungsmuster entstanden, die später der Nationalsozialismus zu nutzen verstand. Der Weg nach Auschwitz begann nach dieser Lesart bereits im Kaiserreich, etwa mit dem Genozid an den Herero. Das Buch wird die deutschen Kriegsverbrechen in eigenen Unterkapiteln behandeln, zur These eines deutschen Sonderwegs eine eigene Position beziehen und auch aufzeigen, wie Bundeswehr und NVA mit dem unrühmlichen Erbe der Wehrmacht-Verbrechen umgegangen sind.

Untersuchungen, die den Kontinuitäten des deutschen Militärs nachspüren, enden zumeist 1945.⁴ Der heiße Krieg hat stets mehr Aufmerksamkeit gefunden als der Kalte. Dadurch wurden Bundeswehr und NVA in der historischen Forschung auf eigenartige Weise von ihren Vorläufern abgekoppelt. Die vorliegende Darstellung reicht hingegen bis zur Gegenwart. Sollte es so etwas wie eine nationale Militärikultur Deutschlands wirklich gegeben haben, dann ist zu fragen, was mit ihr nach 1945 passierte, was von ihr überdauerte, was geändert oder umgedeutet wurde. Das Trauma zweier verlorener Weltkriege, die Teilung Deutschlands, die Blockkonfrontation und die atomare Bedrohung formten ganz neue und höchst komplexe Rahmenbedingungen. Die Welt der Bundeswehr war eine völlig andere als die ihrer Vorgänger. Sie musste keine Kesselschlachten schlagen, keine Rückzüge organisieren, verübte keine Verbrechen. Dafür musste sie mit

einem rasanten gesellschaftlichen Wertewandel⁵ zurechtkommen und sich fragen lassen, inwieweit sie in Zeiten der potenziellen atomaren Apokalypse überhaupt noch eine Existenzberechtigung hatte. Man probte zwar den Ernstfall, lebte aber im tiefen Frieden. Die Bundeswehr war gewissermaßen in einer doppelten Ambivalenz gefangen: Sollte sie vom Krieg oder vom Frieden her gedacht werden, und sollte sie sich in die lange Tradition deutscher Militärgeschichte stellen oder nicht? Eigentlich schlossen sich beide Optionen aus, dementsprechend heftig wurde um sie gerungen. Um die außenpolitischen Anforderungen des Kalten Krieges zu erfüllen, lief es in der Praxis notgedrungen auf einen Kompromiss zwischen militärischer Binnenlogik und innenpolitischen Vorbehalten hinaus.

Mit dem Ende des Kalten Krieges und dem vermeintlichen Ende der Geschichte schien sich das Militär in seiner klassischen Form überlebt zu haben. Die doppelte Ambivalenz löste sich auf: Nun ging es nicht mehr darum, sowjetische Panzerarmeen in der norddeutschen Tiefebene zu stoppen, sondern in der Rolle des Entwicklungshelfers oder Polizisten an internationalen Einsätzen teilzunehmen. Auch die Vorbilder aus alten Tagen schienen ausgedient zu haben. Doch mit den heftigen Gefechten in Afghanistan in den Jahren 2008 bis 2011 kehrte der Kämpfer zurück ins Selbstbild der Truppe, mit der Ukrainekrise 2014 dann auch der Kalte Krieger. Und wie sich nicht zuletzt in Illkirch zeigte, war man die Geister der Wehrmacht noch nicht losgeworden.

Die außen- und innenpolitischen Rahmenbedingungen Deutschlands veränderten sich in den vergangenen 150 Jahren mehrfach fundamental. In der Binnenwelt des Militärs gab es bei allem Wandel aber bemerkenswerte Kontinuitäten, etwa im grundsätzlichen Verständnis vom Krieg und dem daraus abgeleiteten Führungsdenken. Es dominierte die Vorstellung, dass sich der Krieg der Rationalität und damit weitgehend auch der Planbarkeit entziehe. Nur der gebildete Generalist, so war man von Moltke d. Ä. bis Beck überzeugt, würde im Ernstfall als Führer den Anforderungen des Krieges gerecht werden können, nur er würde militärische Erfolge erzielen, die es der Politik ermöglichten, als gleichberechtigter Akteur in der internationalen Staatenordnung zu agieren. An dieser Auffassung änderte sich auch in der Bundeswehr grundsätzlich nichts.⁶ Die Ausbildung von Generalstabs-

offizieren zu breit gebildeten Generalisten folgt bis heute diesem Prinzip. Eine Stunde null gab es also für die Streitkräfte ebenso wenig wie für alle anderen Bereiche von Staat und Gesellschaft. Gewiss war die Bundeswehr keine Wehrmacht in neuem Gewande. Die Pervertierung des Opfergedankens gab es nicht mehr, auch keine Weltmachtfantasien und keinen Willen zur totalen Kriegsführung. Krieg war aber auch weiterhin ein Handwerk, und so veränderte sich im Führungsverständnis wie auf der untersten taktischen Ebene des Heeres zunächst wenig.

Dieser Befund gilt auch für die Logik der Kohäsion der Streitkräfte, die amerikanische Soziologen im Zweiten Weltkrieg als Forschungsfeld entdeckten. Seither ist heftig darüber gestritten worden, was Soldaten dazu motiviert, ihrem Handwerk nachzugehen. Heute ist weitgehend unstrittig, dass mehrere Faktoren zusammenwirken. Da ist zum einen der Zusammenhalt der sogenannten Primärgruppen – jenes Personenverbunds, zu dem der engste soziale Kontakt besteht. Im Militär werden damit Einheiten bis zur Größe einer Kompanie (rund 120 Mann) beschrieben. Die Befragung von Wehrmachtsoldaten in amerikanischer Gefangenschaft zeigte, dass der Zusammenhalt auf dieser horizontalen Ebene für die Motivation eine wichtige Rolle spielte.⁷ Zusätzlich gestärkt wurde das Band dieser kleinen Kampfgemeinschaften, wenn die gleiche soziale oder landsmännische Herkunft bestand oder es gemeinsame Erfahrungen in Ausbildung und Einsatz gab. Brachen die Primärgruppen auseinander, etwa durch hohe Verluste, oder wurden Einheiten so schnell aufgestellt, dass sich soziale Bindungen erst gar nicht einstellen konnten, wurde die Bereitschaft zum Kämpfen geschwächt.

Soldaten fochten aber nicht nur für ihre Kameraden. Der amerikanische Soziologe Charles C. Moskos betonte zu Recht die Bedeutung des größeren sozialen Systems: Je enger der Bezug zu Staat, Gesellschaft und zur Institution der Streitkräfte, desto höher die Bereitschaft, für diese in den Kampf zu ziehen. Es spielt also eine Rolle, ob man sich mit dem Staat, dem man dient, identifiziert, ob die Armee als effizient, die Offiziere als tapfer, ihr Verhalten als gerecht empfunden werden. Sodann ist der Auftrag, sind Anlass, Ziel und Erfolgssaussicht des Einsatzes von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Wer glaubt, in einem gerechten Feldzug zu kämpfen, ist anders motiviert als derjenige, von

dem die politische und militärische Führung verlangen, in einem offensichtlich sinnlosen oder gar verbrecherischen Krieg sein Leben zu riskieren.⁸ Und wer glaubt, den Kampf siegreich bestehen zu können, kämpft motivierter als derjenige, der in einer längst verlorenen Schlacht als Kanonenfutter verheizt wird.

Horizontale und vertikale Ebene bilden im Idealfall ein festes Kohäsionsgeflecht, das Soldaten auch in schwieriger Lage motiviert, ihren Auftrag zu erfüllen. Über die Grundstruktur dieses Modells sind sich Soziologen und Geschichtswissenschaftler weitgehend einig. Unterschiedlich bewertet wird nach wie vor die Relevanz einzelner Faktoren.⁹ So hat Omer Bartov argumentiert, dass für Wehrmachtssoldaten die NS-Ideologie und nicht die Primärgruppen der ausschlaggebende Motivationsfaktor gewesen sei.¹⁰ Etliche Historiker – darunter auch der Verfasser – haben dem widersprochen und dafür plädiert, die Bedeutung der Primärgruppen hervorzuheben und den ideologischen Faktor nicht überzubewerten.¹¹ Auch im Falle der Bundeswehr lässt sich trefflich über die Bedeutung einzelner Aspekte dieses Modells streiten.¹² Dass beide Kohäsionsebenen ihre Bedeutung haben, wird man angesichts der reichhaltigen internationalen Forschungsergebnisse kaum bestreiten können. Entscheidend ist, dass sich das Grundprinzip des Modells auf alle deutschen Armeen übertragen lässt und so interessante Vergleichsmöglichkeiten eröffnet.

Die Darstellung geht chronologisch vor und nimmt die Streitkräfte des Kaiserreichs, der Weimarer Republik, des NS-Regimes, der Bonner Republik, der DDR und schließlich der Berliner Republik in eigenen Kapiteln in den Blick. Gut die Hälfte des Buches handelt von der Zeit nach 1945. Dieser Zeitabschnitt ist von der Geschichtswissenschaft bislang am wenigsten bearbeitet worden, obwohl es zu ihm die meisten Quellen gibt. Bundeswehr und NVA haben aus den Jahrzehnten des Kalten Krieges mehr Akten hinterlassen, als ein Mensch in seinem Leben lesen kann. Auch kommende Generationen dürften also noch genügend Stoff zum Forschen haben. Für die Zeit nach 1990 ist die Aktenüberlieferung spärlicher, weil die meisten Dokumente einer 30-jährigen Schutzfrist unterliegen und der Forschung noch nicht zur Verfügung stehen. Es ist aber möglich, Unterlagen vorzeitig freigeben zu lassen, und ein guter Geist im Verteidigungsministerium hat mir

die allermeisten meiner Anträge auf Akteneinsicht dankenswerterweise genehmigt. Zudem habe ich mit rund 200 Zeitzeugen gesprochen, die mir viel Erhellendes zur Bundeswehr und zu den Auslands-einsätzen berichtet haben. Einige von ihnen konnte ich zitieren, die meisten aber sind noch aktive Soldaten und wollen lieber anonym bleiben.

Jedes der sechs Kapitel untersucht die jeweiligen Streitkräfte aus drei unterschiedlichen Perspektiven. Zu Beginn werden die von Politik und Zivilgesellschaft gesetzten Rahmenbedingungen skizziert. In jeder Epoche bildeten Verfassung, historische Erfahrung, internationale Machtkonstellationen sowie technische und wirtschaftliche Entwicklung einen ordnenden und organisierenden Referenzrahmen. Er bestimmte darüber, welchen Stellenwert Politik und Gesellschaft den Streitkräften zubilligten, wie viel Geld für die Rüstung ausgegeben, wer aus welchen Gründen rekrutiert wurde. Innergesellschaftlich fächerte sich dieser Referenzrahmen weiter auf; so hatten etwa Sozialdemokraten schon im Kaiserreich einen anderen Blick auf das Militär als Mitglieder konservativer Parteien. Gleichwohl gab es eine epochenspezifische Haltung ihm gegenüber. Wer 1908 oder 1938 oder 1988 seinen Einberufungsbescheid bekam, reagierte darauf zeitbedingt ganz unterschiedlich. 1988 stellte man sich geradezu selbstverständlich die Frage, ob man zur Bundeswehr gehen, Ersatzdienst leisten oder sich die Sache irgendwie ganz ersparen sollte. 1908 oder 1938 stellte sich diese Frage nicht. Alle jungen Männer gingen zum Militär; es war eine Pflicht, die man nicht unbedingt liebte, die zu erfüllen aber praktisch jeder bereit war.

Eine zweite Perspektive widmet sich dem inneren Gefüge der Streitkräfte. Die höheren Stäbe waren mehr oder minder intensiv bemüht, dem Primat der Politik Rechnung zu tragen und die politischen Vorgaben in militärische Verordnungen und Vorschriften zu übertragen. Bereits die mittleren Führungsebenen aber folgten eher einer innermilitärischen Logik und versuchten, allzu störende politische Vorgaben von der eigenen Profession fernzuhalten. Hier trafen Einflüsse von außen, althergebrachte Traditionen sowie pragmatische Anpassungen an die Notwendigkeiten einer Massenorganisation in Krieg und Frieden aufeinander. So entstand ein Referenzrahmen des Militärs, der das Binnengefüge der Streitkräfte strukturierte und organi-

sierte. Jeder, der zum ersten Mal eine Kaserne betrat, lernte die daraus folgenden Regeln schnell und begriff meist nach wenigen Wochen, wie das System funktionierte. Hier geht es darum nachzuzeichnen, welches Bild vom Soldaten, seinen Pflichten und Tugenden die Streitkräfte in den jeweiligen Epochen entwickelten, was oben angeordnet und unten ausgeführt wurde. Alle Kapitel thematisieren beispielsweise das Ausmaß an Drill, Schikane und Missbrauch der Soldaten. Romane wie »Im Westen nichts Neues« oder »08/15« haben dem Typus des Schleifers literarischen Ausdruck verliehen. Es wird danach zu fragen sein, in welchem Maße dieses populäre Bild der Realität entsprach.

Einen bislang kaum beachteten Teil der Binnenstruktur der Streitkräfte bilden die verschiedenen Waffengattungen, ab 1955 Truppengattungen genannt. Sie formten einen eigenen Habitus, schufen eigene Traditionsbilder und Riten, wodurch die soziale Struktur der Streitkräfte zusätzlich ausdifferenziert wurde. Mit Einführung der feldgrauen Uniform 1909 waren die Waffengattungen nur noch durch farblich unterschiedlich gestaltete Schulterstücke, Kragenspiegel und Rangabzeichen zu erkennen. Seither war die Waffenfarbe zur Abgrenzung und damit zur Identitätsstiftung von besonderer Bedeutung. Bis heute ist der Begriff »Fehlfarbe« als Bezeichnung für andere Truppengattungen jedem Bundeswehrsoldaten geläufig. Exemplarisch werden hier Infanterie/Jägertruppe und Kavallerie/Panzertruppe untersucht, die den Kern der Kampfverbände des Heeres bildeten. Ihre Ausrichtung auf das Gefecht formte eine Kriegerkultur, die über alle politisch-gesellschaftlichen Zäsuren hinweg ein hohes Maß an Kontinuität aufwies, wie zuletzt auch Philipp Münch für die Bundeswehr dargelegte.¹³ Wer die Gestaltung des Aufenthaltsraumes in Illkirch verstehen will, muss hier ansetzen.

In gewisser Weise ähneln die Truppengattungen den *tribal cultures* amerikanischer Ureinwohner, etwa der Apachen oder Comanchen, deren Untergruppen sich in Lebensweise, Dialekt und sozialer Zusammensetzung abgrenzten, äußerlich voneinander unterschieden und miteinander rivalisierten. Gleichwohl unternahmen sie gemeinsame Kriegszüge und fühlten sich derselben Gemeinschaft zugehörig.¹⁴ In den europäischen Armeen der Moderne bildeten sich ganz ähnliche *tribal cultures* aus.¹⁵ Der Begriff *tribe* ist hier nicht im wörtlichen Sinne als »Stamm«, sondern sinnbildlich zu verstehen. Besondere Bedeu-

tung bei der Ausbildung dieser *tribal cultures* kam den Regimentern und Bataillonen zu. Hier wurden sie gelebt und je nach Tradition des Verbandes, sozialer Zusammensetzung des Offizierkorps und Garnisonsort weiter ausdifferenziert.¹⁶ Für den Zusammenhalt der Streitkräfte waren diese *tribal cultures* von herausragender Bedeutung. Sie verbanden die Primärgruppen mit der Gesamtorganisation, waren damit eine Art Transmissionsriemen zwischen »oben« und »unten«.

In einer *dritten Perspektive* wird die handwerkliche Ebene des Militärs beleuchtet. Wie dachte man in den Stäben den Krieg und vor allem: Wie wurde er schlussendlich geführt? Untersucht werden Strategien und Doktrinen, die Fähigkeit, neue Konzepte zu entwickeln, aus Erfahrungen zu lernen und sich den sich wandelnden Rahmenbedingungen in Krieg und Frieden anzupassen. Schon hierüber hätte man ein eigenes Buch schreiben können. Um den Rahmen nicht zu sprengen, beschränkt sich die Darstellung hier auf die wesentlichen Aspekte, räumt etwa mit alten Mythen über die taktische Leistungsfähigkeit der Wehrmacht auf und wirft einen kritischen Blick auf den militärischen Wert der Bundeswehr.

Im Fokus dieses Buches stehen ganz bewusst die Landstreitkräfte. Zweifelsohne wäre es lohnend gewesen, auch Luftwaffe und Marine einzubeziehen. Auch hier gab und gibt es *tribal cultures*, man denke nur an die habituellen Unterschiede zwischen Kampffliegern, Transportfliegern und Angehörigen der Flugabwehraketentruppe. Was beim Heer die Fallschirmjäger, waren bei der Marine die Schnellbootfahrer, denen ein besonders robuster Habitus nachgesagt wurde. Die Marine der Bundeswehr hatte ihre ganz eigenen Probleme mit der Tradition. Das reichte vom Umgang mit den in Nürnberg 1946 verurteilten Großadmiralen Erich Raeder und Karl Dönitz bis hin zur unlängst diskutierten Frage, ob in der Aula der Marineschule Flensburg eine Büste von Admiral Rolf Johannesson stehen darf, der kurz vor Kriegsende mehrere Todesurteile unterschrieb.

Für die Schwerpunktsetzung der vorliegenden Untersuchung spricht gleichwohl, dass das Heer in der deutschen Militärgeschichte stets die größte und wichtigste Teilstreitkraft war. Hier zeigen sich auch die deutlichsten Kontinuitätslinien, weil sich das militärische Handwerkszeug im Vergleich zu den anderen Teilstreitkräften am we-

nigsten veränderte. So ist es nicht verwunderlich, dass die in der Bundesrepublik geführten großen Debatten um Tradition und Identität der Streitkräfte fast immer vom Heer ausgingen. Letztlich ging es stets um die Frage, wie es die Bundeswehr mit dem Kämpfen, Töten und Sterben hielt – eine Frage, die die Landstreitkräfte im Besonderen betraf. Der Buchtitel »Deutsche Krieger« beschreibt diese archaische Seite des Soldatenberufs. Dessen *raison d'être*, der Krieg, ist gewissermaßen der Fixpunkt der vorliegenden Untersuchung.

I.

Auf dem Weg zur Weltmacht. Das Militär im Kaiserreich (1871–1918)

Blut und Eisen

Preußen löste die Deutsche Frage mit seiner Armee. In den siegreichen Kämpfen gegen Dänemark (1864), Österreich (1866) und Frankreich (1870/71) entschied es den lange schwelenden Konflikt um die Gründung eines deutschen Nationalstaats in der Mitte Europas in seinem Sinne: Am 18. Januar 1871, kurz vor Beendigung des Krieges gegen Frankreich, proklamierten die deutschen Fürsten in Versailles den preußischen König zum Deutschen Kaiser. Nach der ersten Reichstagswahl vom 3. März 1871 stimmte die neue Volksvertretung, der Reichstag, mit überwältigender Mehrheit für die neue Verfassung. Das Deutsche Reich war eine konstitutionelle Monarchie, ein monarchischer Bund von 25 Mitgliedern, genauer von vier Königreichen, sechs Großherzogtümern, fünf Herzogtümern, sieben Fürstentümern, drei freien Städten und dem Reichsland Elsaß-Lothringen. Die drei Königreiche Sachsen, Bayern und Württemberg behielten ihre eigenen Armeen, deren Kommandogewalt erst im Kriegsfall auf den preußischen Kriegsminister überging. Die Streitkräfte der kleineren Bundesstaaten standen bereits im Frieden unter preußischem Kommando oder wurden ins preußische Heer eingegliedert. Zwar waren das sächsische, bayerische und württembergische Heer auf dem Papier eigenständig, doch da sich Ausbildung und Ausrüstung überall an den preußischen Standards ausrichteten, lief es de facto doch auf eine Kaiserliche Armee hinaus. Die 1872 aufgestellte Kaiserliche Marine war dann von vornherein eine Institution des Deutschen Reiches und nicht seiner Bundesstaaten.

Der Kaiser hatte gemäß der im April 1871 in Kraft getretenen

Reichsverfassung eine überaus starke Stellung: Er war die oberste Instanz des Reiches, ernannte den Kanzler, der nur ihm verpflichtet war. Die Regierung war damit der parlamentarischen Kontrolle weitgehend entzogen, der Reichstag konnte lediglich über das Budgetrecht Einfluss auf die Politik nehmen. Auf das direkt dem Kaiser unterstehende Militär- und Marinekabinett, das alle Personalfragen der Streitkräfte regelte, und auf die Operationsplanung des Generalstabs hatten weder das Parlament noch der Reichskanzler unmittelbaren Zugriff. Hinzu kam, dass sowohl der Generalstabschef als auch die Kommandierenden Generäle über das Immediatrecht beim Kaiser verfügten. In der Reichsverfassung war das Militär somit nicht dem Primat der Politik, sondern dem Primat der Krone unterworfen.

In der Praxis hing viel vom Geschick und Willen des Reichskanzlers ab, sich auch in militärischen Fragen beim Kaiser Gehör zu verschaffen. Der erste Reichskanzler Otto von Bismarck ließ nie einen Zweifel aufkommen, dass er das Staatsschiff lenkte. Das galt nicht nur im Frieden. Auch in den Kriegen 1866 und 1870/71 setzte er sich in allen Streitpunkten gegen die Militärs durch, weil Wilhelm I. ihm stets folgte. Später ignorierte er alle Präventivkriegsforderungen der Generalstabschefs. Unter Wilhelm II. war das Zusammenspiel komplizierter. Die Außen- und die Militärpolitik seit 1890 zeigten jedoch, dass auch in dieser Zeit die Kanzler die zentralen Figuren blieben. Alle wichtigen Entscheidungen – etwa die Flottenpolitik seit 1898 oder die Heeresvermehrungen – wurden von den Reichskanzlern ausdrücklich gebilligt oder gar von ihnen vorangetrieben.¹ Eines der wenigen Gegenbeispiele ist die Flottennovelle von 1912, die Theobald von Bethmann Hollweg aussetzen wollte, um einen englandfreundlicheren Kurs einzuschlagen. Er konnte sich aber gegen den Leiter des Reichsmarineamtes, Staatssekretär Alfred von Tirpitz, nicht durchsetzen, da dieser die Unterstützung des Kaisers hatte. Diese politische Niederlage blieb jedoch Episode. Der Reichskanzler spielte im Deutschen Reich zwar nicht de jure, aber de facto die Schlüsselrolle, zumal Wilhelm II. nach der Daily-Telegraph-Affäre von 1908 zu größerer politischer Zurückhaltung genötigt wurde.

Während der französische Staatspräsident Raymond Poincaré Überlegungen seines Generalstabs, im Falle eines Krieges mit Deutschland in das neutrale Belgien einzumarschieren, schlicht ablehnte, akzep-

tierte Bethmann Hollweg ähnliche Planungen seiner Militärs.² Dass er solchen Überlegungen nicht Einhalt gebot, lag weniger an der überbordenden Macht der Militärs als an seiner zögernden Persönlichkeit. Als versierter Innenpolitiker vertraute er in militärischen wie in außenpolitischen Fragen, in denen er wenig bewandert war, dem Rat von Fachleuten. Staatssekretär Alfred von Kiderlen-Waechter ließ er etwa freie Hand in der Zweiten Marokkokrise 1911. Zu Beginn des Ersten Weltkriegs hätte Bethmann Hollweg angesichts eines wankelmütigen Kaisers den Angriff auf Belgien verhindern können, wenn er es denn gewollt hätte.

Im Kaiserreich gab es also trotz des von der Verfassung vorgegebenen, auf den Kaiser zugeschnittenen Rechtsrahmens den Primat der Politik. Doch anders als in Frankreich oder Großbritannien musste die konkrete Ausgestaltung stets aufs Neue ausgehandelt werden. Das Militär hatte durch den direkten Zugang zum Kaiser und die beschränkte Zuständigkeit des Parlaments mehr Spielräume als in anderen Ländern, und diese wirkten sich – wie noch zu zeigen sein wird – in den Kolonialkriegen besonders verheerend aus. Und dennoch blieb der Einfluss der Streitkräfte, etwa auf die Außenpolitik des Reiches, begrenzt. Das zeigte sich gerade auch in der Julikrise 1914: Den »Sprung ins Dunkle« beschlossen weder Generalstabschef Helmuth von Moltke noch Kriegsminister Erich von Falkenhayn, sondern Reichskanzler Bethmann Hollweg.³

Nicht folgenlos für das Verhältnis von Politik und Militär blieb die Tatsache, dass sich das Kaiserreich in der politischen Praxis immer mehr in Richtung parlamentarischer Monarchie entwickelte. Im Reichstag wuchs der Einfluss der Sozialdemokratie unaufhaltsam – sie stellte 1912 bereits die größte Fraktion. Es waren insbesondere die Sozialdemokraten, aber auch die Linksliberalen, die in den Parlamentsdebatten das Militär ins Licht der Öffentlichkeit rückten, die internen Missstände, aber auch die brutale Kriegsführung in den Kolonien scharf kritisierten. Das Parlament konnte zwar weder den Kriegsminister noch den Generalstabschef entlassen. Aber diese Debatten erregten große öffentliche Aufmerksamkeit und erzwangen 1907 gar eine Reichstagswahl. Politische Führung und Generalität konnten sie also nicht ignorieren, mussten Stellung beziehen, was mal mehr, mal weniger überzeugend gelang. Als Reichskanzler Bethmann

Hollweg in Loyalität zum Kaiser die milde Bestrafung übergriffiger preußischer Soldaten im elsässischen Zabern 1913 im Reichstag verteidigte, sprach ihm das Parlament mit großer Mehrheit das Misstrauen aus – ein zuvor undenkbarer Vorgang. Der Kanzler blieb zwar im Amt, aber der Vorfall verdeutlichte das Selbstbewusstsein der Abgeordneten, von denen nur noch die Konservativen in Nibelungen-treue Kaiser und Armee zur Seite standen. Angesichts dieser Verhältnisse konnte die Reichsleitung nur noch mit dem Parlament und nicht gegen dieses regieren. »In qualitativer Hinsicht«, so urteilt Frank-Lothar Kroll, »unterschied sich der Deutsche Reichstag der Vorkriegswelt jedenfalls kaum noch von den Volksvertretungen der meisten anderen konstitutionellen oder parlamentarisch verfassten Monarchien in Europa.«⁴

Die SPD stand der Monarchie traditionell ablehnend gegenüber. Dazu gehörte auch massive Kritik an den Streitkräften.⁵ Soldatenmiss-handlungen beispielsweise wurden von den Sozialdemokraten öffent-lichkeitswirksam im Reichstag und in der Presse angeprangert. Doch arrangierte sich August Bebels Partei im Laufe der Zeit mehr und mehr mit dem Militär. Ihre eigene Diktion war von Kampfbegriffen durchsetzt, und sie stand mitnichten den Streitkräften als solchen fern. Gehorsam, Disziplin und die Erziehung zur Wehrhaftigkeit wurden durchaus gutgeheißen. Man wollte aber keine aristokratische Elite-truppe, sondern ein kriegsbereites Volksheer. Man war gegen Paradedrill, aber nicht gegen Gefechtsdrill. Der SPD ging es vor allem um die gesellschaftliche und technische Modernisierung der Armee. Sie unterstützte daher die allgemeine Wehrpflicht und sah in einer demo-kratischen Heeresverfassung, die Soldatenmisshandlungen und eine spezielle Militärgerichtsbarkeit ausschloss, die Voraussetzung für mi-litärische Schlagkraft. Seit der Jahrhundertwende wichen die Fundamen-talkritik am preußischen Militär immer mehr einer Kritik im Detail. So stimmte die SPD 1913 der Finanzierung der Heeresvorlage zu.⁶ In den Schlüsselfragen einer Vergrößerung und Professionalisierung der Armee gingen bürgerliche Offiziere wie Erich Ludendorff und sozial-demokratische Reformer wie Eduard Bernstein gewissermaßen eine Allianz ein. Dieser Wandel der SPD gipfelte in der Zustimmung zu den Kriegskrediten am 4. August 1914.

Den Helden des Krieges von 1870/71 konnte im Kaiserreich niemand entkommen. Noch im kleinsten Dorf gab es ein Denkmal zu Ehren der Gefallenen. Und dies nicht nur in Preußen. Überall im Land erzählte man sich stolze Geschichten über die Schlachten bei Wörth oder Gravelotte. Der Sedantag war nationaler Feiertag, an dem die Kriegervereine illustre Aufmärsche veranstalteten und das siegreiche Volk feierte. Kritische Stimmen waren nirgendwo zu hören. Selbst Theodor Fontane, der als einziger Zivilist umfassend über die Kriege von 1864 bis 1871 schrieb, wagte keinen Widerspruch und verfasste ein für den heutigen Leser unendlich ermüdendes Heldenepos.⁷

Das hohe Prestige des Militärs wirkte sich auf viele Bereiche des gesellschaftlichen und politischen Lebens aus. Die preußische Hofrangordnung von 1878 legte fest, dass die Feldmarschälle über dem Ministerpräsidenten standen, die Generäle über den Staatsministern. Während Offiziere per se als hoffähig galten, waren zivile Beamte erst ab dem höheren Dienst zugelassen. Die Uniform war in der Öffentlichkeit hoch angesehen, und der Militärdienst war auch für das einst so kritische Bürgertum eine Selbstverständlichkeit. Millionen Deutsche waren in Kriegervereinen organisiert. Kriegsspielzeug für Kinder war populär, ebenso wie der Matrosenanzug als Ausweis der Flottenbegeisterung. Das Husarenstück des Schustergesellen Friedrich Wilhelm Voigt, der sich 1906 als Hauptmann der Garde verkleidet erst einen Trupp Soldaten unterstellte und dann die Stadtkasse von Köpenick raubte, belegt den Vorrang des Militärs vor allem Zivilen eindrucksvoll. Man stelle sich nur vor, heutzutage würde ein Hauptmann des Wachbataillons auf einem Berliner Bürgeramt erscheinen und am Kassenschalter die Herausgabe des Bargelds verlangen. Sehr weit würde er mit einem solchen Ansinnen nicht kommen. Wie sehr militärische Prinzipien von Gehorsam und Unterordnung die deutsche Zivilgesellschaft im Kaiserreich vermeintlich prägten, hat Heinrich Mann in seinem 1914 fertiggestellten Roman »Der Untertan« literarisch verarbeitet. Sein Protagonist Diederich Heßling gilt vielen bis heute als meisterhaft beschriebene Verkörperung einer nationalistischen, antidemokratischen, autoritären und militärröhigen Gesellschaft, die bereits den Nationalsozialismus erahnen ließ.⁸

Jedoch erscheint das Bild des mit Blut und Eisen geschmiedeten Obrigkeitstaates, in dem das Militärische von der Zivilgesellschaft

Besitz ergriffen hat, doch allzu eindimensional.⁹ Benjamin Ziemann hat zu Recht angemerkt, dass wir über die Wahrnehmungswelt der breiten Bevölkerung noch viel zu wenig wissen. Kaiserreden, Sedanfeiern und Lehrpläne bieten keine hinreichenden Belege für die Mentalität von Schülern, Lehrern oder Wehrpflichtigen.¹⁰ Man muss sich somit davor hüten, vom Sender auf den Empfänger zu schließen, schließlich kann eine Ansprache, die das Militär verherrlicht, auf ganz unterschiedliche Weise verstanden werden.

Es gibt Indizien, die die Vorstellung einer Dominanz des Militärischen in der Zivilgesellschaft des Kaiserreichs fragwürdig erscheinen lassen. Die Streitkräfte umfassten nie mehr als ein Prozent der Bevölkerung – im Verhältnis genauso viel wie in der Bundesrepublik des Kalten Krieges –, und die Hälfte der wehrpflichtigen Männer wurde überhaupt nicht eingezogen. Gewiss, die Kriegervereine hatten drei Millionen Mitglieder¹¹, aber viele Deutsche blieben ohne jede Militärfahrung. Trotz des Sozialprestiges hatte selbst die Attraktivität der höheren Soldatenlaufbahn klare Grenzen. So gelang es dem Heer nie, den Offiziermangel zu beseitigen. Von 24 000 Posten waren 1913 2000 unbesetzt.¹² Die 120 000 Reserveoffiziere zumeist bürgerlicher Herkunft¹³ wurden lange als eine Art Transmissionsriemen zur Übertragung militärischer Werte in die Zivilgesellschaft betrachtet. Was sie in der Kaserne lernten, gaben sie vermeintlich in Unternehmen, Behörden, Schulen und Universitäten weiter. Carola Groppe hat darauf hingewiesen, dass sich in den Tagebüchern und Briefwechseln deutscher Industriellenfamilien dafür kaum Belege finden lassen. Es ist auch fraglich, ob ein Reserveoffizier, der gerade einmal ein Jahr Wehrdienst leistete und innerhalb von sechs Jahren an drei mehrwöchigen Übungen teilnehmen musste, sich in seinem Denken und Handeln einer militärischen Normenwelt unterwarf.¹⁴ Am dezidiert zivilen Habitus scheint die Militärzeit nicht viel geändert zu haben, zumal die aus dem Wirtschafts- und Bildungsbürgertum stammenden Reserveoffiziere schon in ihrer Ausbildung weitgehend unter sich blieben und für sie die gesellschaftlichen Vorzüge des Dienstes in einem der angesehenen Garde- oder Kavallerieregimenter zumeist im Vordergrund standen. Mit der militärfachlichen Qualifikation haben es die Reserveoffiziere nicht immer besonders ernst genommen. Die Begeisterung für Uniformen, Paraden und wilde Reiterattacken war gewiss vorhan-